

# AKADEMISCHE FREIHEIT ALS MENSCHENRECHT

**Der weltweite Schutz von akademischen Freiheiten war Ende Mai Gegenstand einer internationalen Tagung in Paris. Tatsächlich ist die Hochschulautonomie in jüngster Zeit wieder in Bedrohung geraten**

Für den Grazer Völkerrechtler Wolfgang Benedek bedeutet "akademische Freiheit" dreierlei: ungehinderter Zugang zu allen Studienfächern, Freiheit in Forschung und Lehre, schließlich Autonomie der Universität. "Ziel unserer Bestrebungen ist es, diese Freiheiten auf Grundlage der bestehenden Menschenrechte institutionell besser abzusichern", erläutert Benedek, der die Grazer Universität in Paris vertreten hat.

Dort, auf dem von der UNESCO und vom "World University Service" (WUS) veranstalteten Seminar, ging es zunächst um eine internationale Bestandsaufnahme der akademischen Freiheit. Dabei zeigte sich rasch, wie schlecht es um dieses "Menschenrecht" weltweit bestellt ist.

## Chinesisches Chaos

Die Studentenunruhen vor einem Monat in Peking sind eines der ständig wiederkehrenden Anzeichen, die beweisen, daß das zarte Pflänzchen der akademischen Freiheit in vielen Staaten mit Füßen getreten wird. In Lateinamerika spricht man von "Sicherheitsuniversitäten" und meint damit Hochschulen, in denen das Militär regiert - wie etwa die jüngst von der Armee besetzte Universität von El Salvador.

In Asien und in den meisten Entwicklungsländern Afrikas werden die Forschungsstätten schon aufgrund der fehlenden Ressourcen am kurzen Gängelband der jeweiligen Regierung gehalten. Aber auch in Europa ist man mancherorts vom Ideal der autonomen und selbstverantwortlichen Universität noch meilenweit entfernt. 2000 türkische Universitätslehrer, die vor einigen Jahren als "zu wenig angepaßt" ihre Arbeitsplätze verlassen mußten, können davon ein Lied singen.

Was schließlich Österreich betrifft, so sind ja auch hierzulande studentische Krawallszeneen aus Anlaß restriktiver staatlicher Bildungspolitik nicht unbekannt. Wer zahlt, schafft an - und zahlen

tut eben nach wie vor der Staat. Last and not least wurden wir auch in einer OECD-Studie über universitäre Autonomie an die letzte Stelle unter den westlichen Industriestaaten gereiht.

## NGO's federführend

Eine Reihe von aufmerksamen "non-governmental organisations" (NGO's) hat bereits in der Vergangenheit mehrfach dokumentiert, daß man nicht bereit ist, die einmal erkämpften Bastionen der akademischen Freiheit kampfflos aufzugeben. Vor allem das schon erwähnte WUS (World University Service) versucht, in Notfällen Hilfe zu vermitteln.

So wurden beispielsweise in ganz Europa Arbeitsplätze für die aus der Türkei vertriebenen Akademiker organisiert, während im Lande selbst eine Art "Gegenuniversität" in Form einer Volkshochschule etabliert werden konnte. Aber auch für Studenten, die aus politischen Gründen nicht in ihrer Heimat studieren dürfen, ist WUS eine gute Adresse. Bei der Stipendienvergabe wird darauf geachtet, daß die Betroffenen möglichst nicht in Europa, sondern in einem ihnen "kulturverwandten" Land studieren.

## Die Lima-Deklaration

Die Bestrebungen, die universitäre Freiheit als Quasi-Menschenrecht auszugestalten und einen verbindlichen materiellen Mindeststandard für sie zu etablieren, fanden im Herbst vorigen Jahres in der "Lima-Deklaration" ihren Niederschlag. Dieses - vorerst freilich nur WUS-intern gültige - Papier definiert nicht nur die akademischen Freiheiten in Forschung und Lehre, sondern fordert ganz allgemein die Autonomie für höhere Bildungseinrichtungen jeglichen Charakters.

Mit dieser Forderung steht das WUS nicht allein. Ähnliche Ziele verfolgt etwa die im September 1988 in Bologna formulierte "Magna Charta of European universities", die sich aller-

**- nicht nur durch prügelnde Militärdiktaturen und industrielle Machtkartelle, sondern auch durch verkrustete Strukturen auf der Wohlstandinsel Österreich.**

dings nur auf die Bildungssituation in Europa bezieht. Auch der Internationale Professorenverband hat bereits 1982 eine "Declaration of Rights and Duties inherent in Academic Freedom" herausgebracht. Dem zuletzt genannten Papier wird freilich vorgeworfen, nur auf gruppenspezifische Vorteile abzuzeilen: Manche Beobachter lesen hier eine allzu starke Dominanz von Gehalts- und Pensionsforderungen der akademischen Lehrer heraus.

## Wie geht's weiter?

Für die Zukunft haben sich die Teilnehmer des Pariser WUS UNESCO-Seminars jedenfalls viel vorgenommen. Auf zwischenstaatlicher Ebene soll eine Empfehlung in Form einer UNESCO-Resolution alle beteiligten Staaten an ihre bildungspolitischen Pflichten erinnern. Existiert einmal eine solche Resolution, dann soll auf ihrer Basis in weiterer Folge ein Jahrbuch nach dem Vorbild der jährlichen "Amnesty International"-Berichte erscheinen.

"Besonders wichtig ist die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Organisationen", urteilt Benedek, der sich aber langfristig auch von offizieller Regierungserstützung erhofft: "Wir werden versuchen, möglichst viele Staaten für die UNESCO-Initiative zu gewinnen." Postkartenaktionen, die Entsendung sogenannter "fact-finding missions" in Krisengebiete und der Aufbau eines ständigen Informationsdienstes sollen weitere Instrumente der künftigen Arbeit sein.

Freiheit heißt auch Verantwortung, und gegen den Mißbrauch universitärer Sonderrechte gibt es keinen absoluten Schutz - das ist den engagierten "Freiheitskämpfern" bewußt. Sie glauben aber daran, daß mehr akademische Freiheit wieder zu einem stärkeren Selbstbewußtsein der Universitäten führt und daher für die Bewältigung der gegenwärtigen Identitätskrise unserer Hochschulen zwingend notwendig ist.